

# Calmer Tagblatt

Nr. 123.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 10 Pfennige. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 31. Mai 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis 12.90 mit Postgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

## Die Gefahr von Osten.

\* Die Polen gehen auf der ganzen Front in der Ukraine wie im eigentlichen Rußland (auf der Linie Kiew—Winn) dauernd zurück. Man hört jetzt auch von bolschewistisch-finnischen Kämpfen, die sich entwickelt haben sollen. Andererseits sollen die Friedensverhandlungen der Bolschewisten mit den Letten und Litauern zum Abschluß gekommen sein. Eigentümlich ist, daß England und Sowjetrußland wirtschaftliche Verhandlungen miteinander führen, daß Japan mit den Bolschewisten in der Mandchurei einen Waffenstillstand geschlossen hat, daß die Bolschewisten in Persien weiter vorrücken, daß sie Arabien besetzt halten, und daß sie fortwährend bemerkt sind, ganz Kleinasien und den Orient gegen die Ententemächte zu revolutionieren, was ihnen anscheinend auch in steigendem Maße gelingt. Wir können also heute mit aller Bestimmtheit die Richtigkeit des berühmten philosophischen Satzes aussprechen: Wir wissen, daß wir nichts wissen. Einiges über die Absichten der Bolschewisten können wir uns jedoch zusammenreimen. Der auch in Deutschland bekannte Bolschewistenführer Kadel schreibt im führenden Bolschewistenblatt, daß Polen unbedingt bolschewistisch werden müsse, was im Falle einer völligen Niederlage der Polen nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, da die unteren Schichten von diesem Krieg überhaupt nichts wissen wollten. Zwar behauptet nun der Berliner Vertreter der russischen Sowjetregierung, daß weder die russische Sowjetregierung noch das russische Volk irgend welche Feindseligkeiten gegen Deutschland hege, und daß die „russische Gefahr“ in der Reich der Fabel oder bloßwüßiger Erfindungen gehöre. Es wäre ja auch politisch und volkswirtschaftlich die größte Dummheit, wenn diese beiden Völker, die die Entente als Ausbeutungssobjekt behandeln will, sich gegenseitig bekriegen würden, wegen innerpolitischer Verschiedenheit, die weder außenpolitisch noch volkswirtschaftlich in Erscheinung zu treten braucht. Deutschland und Rußland haben sich zum Gaudium des angelsächsisch-romanischen Imperialismus leiber gegenseitig zerfleischt, das muß für die Zukunft mit allen Mitteln verhindert werden; denn nur ein wiedererstarkendes Rußland kann uns aus den Klauen des verirrten französischen Militarismus und des spanisch-brutalen angelsächsischen Imperialismus erretten. Wenn die Ententemächte es nicht unter ihrer Würde halten, offen und geheim mit den Sowjetführern zu verhandeln, so brauchen wir zweimal unsere Reserve aufzuwerfen, und wir müssen daher dem deutschen Diplomaten in der „Deutsch. Allg. Ztg.“ Recht geben, wenn er sagt: wir sollen uns politisch so viel wie möglich mit Moskau auf guten Fuß stellen. Allerdings müssen wir immer betonen, daß wir uns weder durch militärische Machtmittel, noch durch innere Propaganda zum Bolschewismus bekehren lassen, den die Mehrheit unseres Volkes ablehnt, erstens weil er mit unserm hochentwickeltem Kulturleben nicht vereinbar ist, und zweitens, weil er unsere feineren Volkswirtschaft zugrunde richten würde. Deshalb ist es auch durchaus angebracht, wenn unser Ostschutz verstärkt wird, und wenn man Putschabsichten der Linksradikalen ebenso entgegentritt wie denen von rechts. O. S.

## Ein deutscher Diplomat über unsere Haltung gegenüber Rußland.

(W.B.) Berlin, 31. Mai. Zu der polnischen Offensive gegen Sowjetrußland heißt es in einer Betrachtung eines Diplomaten in der „D. Allg. Ztg.“: Die polnische Aktion ist vorläufig die letzte in der Reihe antibolschewistischer Kampfhandlungen, die von vornherein schon totgeboren waren, weil sie mit halben Kräften und mit halbem Herzen und mit völliger Zweideutigkeit unternommen wurden. Zu dem Diktieren sämtlicher Großmächte am russischen Problem wird dann bemerkt: Unsere eigene Stellung ist eine abwartende, was sicher unserem Herzen und unseren Wirkungsmöglichkeiten am besten entspricht, vielleicht auch der Verhandlungs- und Lieferungsfrage Rußlands. Kraß sei gerade hat vor jeder Erwartung auf einen Augenblickserfolg eindrucksvoll gewarnt. Die Frage ist nun, ob die Gründe für solches an sich richtiges Abwarten nicht allzu einseitig wirtschaftliche sind. Politisch ließe sich doch vielleicht mehr tun.

## Englisch-bolschewistische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 31. Mai. Der „Temps“ meldet aus London, Krasin wurde im Laufe dieser Woche mit Lloyd George, Bonar Law und Lord Courzon über wirtschaftliche Fragen verhandeln.

## Finnland und Rußland.

Helsingfors, 30. Mai. (Havas.) Die Sowjetregierung gab ihre Zustimmung, daß die Friedensverhandlungen zwischen den russischen und den finnischen Delegierten am 10. Juni in Dorpat beginnen.

Kopenhagen, 29. Mai. Nach einem Telegramm aus Helsingfors haben die finnischen Operationen gegen die in Ost Karelien eindringenden Bolschewisten nun begonnen. Am Mittwoch Morgen fand ein Zusammenstoß an der Grenze zwischen Bolschewisten und finnischen Truppen statt. Nach kurzem Kampf zogen sich die Bolschewisten zurück.

## Die Türken verlangen Fristverlängerung.

Paris, 30. Mai. (Havas.) Die türkische Delegation ließ den Friedenskonferenz eine Note zugehen, in der zur Einreichung ihrer Bemerkungen zu den Friedensbedingungen eine Fristverlängerung bis zum 11. Juli verlangt wird. Es wurde diesbezüglich noch kein Beschluß gefaßt.

## Die Franzosen in Syrien.

London, 29. Mai. Nach amtlicher Mitteilung hat eine französische Abteilung nach schwerem Kampfe Antak in Syrien genommen.

## Wie der Ententeimperialismus in Zukunft herrschen will.

Von zuständiger Stelle wird der Dena mitgeteilt: Am 11. Mai hat die Türkei als die letzte der besiegten Mittelmächte in Paris das Friedensdiktat der Entente entgegengenommen. Es verlohnt sich, nunmehr einen vergleichenden Blick auf die militärische Kraftentfaltung zu werfen, die den Besiegten durch die Friedensverträge zugesprochen ist und die die Sieger zur Sicherung ihrer eigenen Interessen für nötig erachten.

Die deutsche Heeresstärke beträgt zurzeit etwa 200 000 Mann und muß bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann herabgesetzt werden, falls es nicht gelingt, die Entente auf diesem Punkt zur Einsicht zu bringen. Dem verflümmelten Oesterreich sind 30 000 Mann, Ungarn 35 000 Mann, Bulgarien 24 000 Mann zugesprochen. Die Türkei darf ein Heer von 50 000 Mann halten. Allen diesen Mächten legte der Friedensvertrag den Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht und den Übergang zum Söldnersystem auf, wodurch ihnen die Möglichkeit genommen werden soll, sich einen Stamm militärisch ausgebildeter Männer zu schaffen und im Kriegsfalle ihr Heer zu verstärken. Nur Bulgarien ist es bisher gelungen, in dieser Hinsicht eine Umänderung des Vertrages und die Genehmigung zur Einführung einer beschränkten allgemeinen Wehrpflicht mit dreijähriger Dienstzeit zu erlangen.

Demgegenüber betrachte man die Ententemächte und die von ihnen Gnaden neu entstandenen Staatengebilde! Von den Großmächten verzichteten nur England und die Vereinigten Staaten auf die allgemeine Wehrpflicht, ersteres im sicheren Schutze seiner insularen Lage, letzteres, weil sie einen Angriff zu Lande kaum zu befürchten haben und überdies auf dem Wege sind, sich die stärkste Flotte der Welt zu schaffen. Frankreich, Italien, Belgien und Griechenland bleiben bei der allgemeinen Wehrpflicht, die auch in Polen, Tschechien, Südslavien und Finnland eingeführt ist. Estland, Lettland und Litauen sind über ihr künftiges Wehrsystem noch zu keinem endgültigen Entschlusse gekommen. Hinsichtlich der Stärke steht an der Spitze Frankreich mit einer Heeresmacht von über 1 Million, wovon mehr als ein Viertel Farbige sind. England hat mit Einschluß seiner indischen Armee und seiner Kolonialtruppen 620 000 Mann, Italien 190 000 Mann, das kleine Belgien über 100 000 Mann unter den Waffen. Die Vereinigten Staaten verfügen über etwa 228 000 Mann, Griechenland über 200 000 Mann. Die Heeresstärke Polens ist auf 540 000 Köpfe zu veranschlagen, die Tschechiens auf 250 000, die Südslaviens auf 170 000. Finnland, Estland, Lettland und Litauen verfügen über Armeen von je etwa 30—50 000 Mann. Dabei ist wohl zu beachten, daß in den Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht, wie zum Beispiel Italien, die ständig unter den Fahnen befindliche Truppenstärke nur einen geringen Bruchteil der ausgebildeten Mannschaften darstellt, die im Kriegsfalle sofort verfügbar sind.

Wie diese Zahlen, insbesondere die immer üppiger ins Kraut schießenden Armeen der neuerstandenen Staaten, sich mit dem Geiste des Völkerbundgedankens vertragen sollen, bleibt das Geheimnis der Entente. „Balkanisierung von ganz Osteuropa“, so wurde vor kurzem im englischen Unterhaus der durch die Friedensverträge geschaffene Zustand sehr richtig gekennzeichnet!

## Europa und die farbigen Völker.

\* In der von dem englischen Pazifisten und Arbeiterführer Morel, der vor dem Kriege im Ministerium saß, herausgegebenen Zeitschrift „Foreign Affairs“ schreibt Komain Kolland, der Vorkämpfer einer deutsch-französischen Annäherung, folgendes:

Die schwarze — oder die gelbe — Gefahr in Europa entsteht nicht erst in diesem Augenblicke. Man geht ein wenig spät daran, sie zu bekämpfen. Die europäische Politik erntet, was sie vor fünfzig Jahren in Asien und Afrika gesät hat. Die Ueberführung schwarzer Truppen nach Europa ist die logische Folge der Erpressungskriege und Hinnebelungen in Afrika. Es war unermesslich, daß die Regierungen für ihre auswärtigen Kriege die Völker verwenden würden, die sie unterworfen haben. Es ist gleichermäßen unvermeidlich, daß sie sie in den Bürgerkriegen der Zukunft verwenden werden. J. G. Wells sah es schon vor mehr denn zwanzig Jahren vorher in seinem Roman „When the Sleeper waked“.

Zu den ersten Tagen des Krieges, September 1914, schrieb ich: „Der europäische Krieg dieser frevelhafte Kampf, stellt uns ein wahnsinniges Europa vor Augen, das den Scheiterhaufen bestiegt und sich mit eigenen Händen zerreiht wie Herkules. Die drei größten Völker des Westens, die Wächter der Zivilisation, gehen unerbittlich ihrem eigenen Verderben entgegen, und sie rufen die Türken, Japaner, Eingalesen, Sudanesen, Senegalesen Mauren, Sikhs zur Hilfe herbei, Barbaren vom Pol und vom Äquator, Seelen und Häute von allen Farben, fast wie das Römische Reich, das zur Zeit der Tetrarchie die Horden des Weltalls zur gegenseitigen Vernichtung ins Land rief.“

Durch diese Worte zog ich mir den Zorn der alliierten Völker zu. Diese Unglücklichen verstanden nicht, daß die Waffe die sie gebrauchten, sich früher oder später gegen sie selber kehren würde. Es wird nicht möglich sein, die Schwarzen und die Gelben wieder aus Europa zu entfernen, nachdem man sie einmal in die Angelegenheiten Europas eingeführt hat. Die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts gibt uns das schreckliche und eindrucksvolle Schauspiel eines rächenden Geschickes, das Europa in einer Art unvernünftiger Trunkenheit in seine eigene Vernichtung stößt. Die unglückliche Blindheit der Staatsmänner, die, ohne sich dessen klar bewußt zu sein, Europa dem schwarzen und gelben Kontinent überliefern — sie haben sie beide mit ihren eigenen Händen bewaffnet —, ist selbst das unbewußte Werkzeug des Verhängnisses.

Ich zweifle, ob dieses Verhängnis jetzt noch abgewendet werden kann. Aber solange noch für Hoffnung Raum ist, muß der Mensch, der den Namen eines Menschen verdient, gegen das Verhängnis ankämpfen.

## Der Gipfel französischer Schamlosigkeit.

Mainz, 31. Mai. Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Degoutte, hat den Mut gehabt, einen Tagesbefehl zu erlassen, in dem er nach einem Dank an die senegalesische Brigade, die die Rheinarmee verlassene, weil sie zu einer Vertrauensmission auf ein auswärtiges Operationsgebiet (Syrien) berufen sei, erklärt, die Truppe habe sich in dem besetzten Gebiet durch Herzlichkeit und Einfachheit die Sympathie (!) aller Einwohner erworben, die mit ihr in Berührung gekommen sei. Der gehässige Feldzug gegen alles, was französisch sei, könne sie nicht berühren. Die Senegalesen könnten mit Stolz ihre Sittlichkeit (!) und ihr hohes Pflichtgefühl als Menschen und Soldaten ins Feld führen gegenüber den perfiden Anklagen von Leuten, die so leicht die Schrecken vergessen, deren sie sich in Afrika wie in Frankreich und Belgien schuldig gemacht hätten. Das „Echo du Rhin“, das diesen Tagesbefehl veröffentlicht, bemerkt aus diesem Anlaß, daß die Abberufung der Senegalbrigade von Rhein keine Folge der deutschen Kampagne gegen die schwarzen Truppen sei.

adung.

Freunde und  
ag, den 1. Juni

Feier

in Althengstett

h, Bauer.

pf, Bauer.

hr.

adung.

Freunde und  
ag, den 1. Juni

Feier

in Süßlingen

Rüfer,  
Zimmermann

er in Holzbronn.

üßlingen.

en.

adung.

Freunde und  
ag, den 1. Juni

Feier

Gasthaus zum  
den.

e, Bauer, hier.

ble,  
Hilfswirt, hier.

r.

teigerung.

1920, kommen im  
an-folgende Gegen-

nd Reil, 3 Kofz-  
betten, 3 Unter-  
ffen, 1 Kleider-  
stischen, 1 Wasch-  
-Mähmaschine,  
en, 1 Pult, 6  
haltungsgegen-

Monat Juni  
er Tagblatt“.



## Zur äußeren Lage.

### Das Ausfangeprogramm der französischen Kammer gegenüber Deutschland.

Paris, 29. Mai. Die gestrige Vertrauensstagesordnung der Kammer für das Ministerium Millerand lautet: Die Kammer ist der Ansicht, daß der Vertrag von Versailles die vollkommene Wiedergutmachung der an Personen und Sachen verübten Beschädigungen Deutschland auferlegt. Sie billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen, daß sie die Rechte und Interessen Frankreichs wahren wird, indem sie im Einverständnis mit den Alliierten alle Garantien aus dem Friedensvertrag sicherstellt.

### Eine dänische Stimme über die Abstimmung in der 2. Zone.

Kopenhagen, 28. Mai. „Politiken“ schreibt u. a. zu der Pariser Meldung, daß der Botschafterrat die Beratungen über die schleswigsche Frage abgeschlossen habe mit dem Ergebnis, daß die Clausen'sche Linie die zukünftige deutsch-dänische Grenze bilden würde, in einem Leitartikel: Immer wieder haben wir die Nachteile nach innen und außer hervorgehoben, die entstehen durch das Hervorrufen falscher Vorstellungen über die Möglichkeit einer Internationalisierung der zweiten Zone. Ministerpräsident Neergaard aber, der doch einer von denen sein sollte, die am allermeisten sehen, trat nun im letzten Augenblick für eine Internationalisierungspolitik ein, von der er wissen mußte, daß sie nicht die geringste Aussicht hatte, nur um einen künstlichen Unterschied zwischen dem Standpunkt der radikalen Regierung Jørgen und dem Standpunkt der gegenwärtigen Regierung herzustellen. Es nützt unserem Ruf im Ausland nichts, daß die neue Regierung ihre Tätigkeit damit beginnt, eine Politik zu unterstützen, die im offenen Gegensatz zum Friedensvertrag steht. Unzweifelhaft haben die ersten Regierungshandlungen Neergaards auch nicht dazu beigetragen, ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Deutschland zu fördern. Wenn „Berlinske Tidende“ die Dänen in der zweiten Zone auffordert, südlich der neuen Grenze zu bleiben und sich dort als Vorposten des Dänentums festzusetzen, so sind wir stets der Ansicht gewesen, daß je klarer und schärfer die neue Grenze sich abzeichnet als wirkliche nationale Grenze, auch dadurch, daß die nationalen Minderheiten zu beiden Seiten soweit als möglich verringert werden, umso bessere Bedingungen geschaffen werden, daß unsere Jahrtausende alte Streitfrage mit Deutschland endlich in einer solchen Weise beigelegt wird, daß Friede und Versöhnung dauernd und fest alten Groll auflösen können. — Bekanntlich gehen die Bestrebungen der heutigen dänischen Regierung, die 2. Zone in Schleswig, die sich in überragender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen hat, dahin, zu „internationalisieren“, um sie so für sich gewinnen zu können. Unterstützt wird diese Regierung in diesen Bestrebungen von England und Frankreich. Aber vernünftige Kreise in Dänemark widersprechen dieser Politik, die unbedingt zur gegenseitigen Entfremdung führen muß.

### Aufrechterhaltung des österreichischen Anschlußgedankens.

Wien, 29. Mai. Laut dem „Neuen Wiener Journal“ hat sich hier ein Ausschuss zur Gründung einer Vereinigung gebildet, die die Vorbereitung des künftigen Anschlusses an Deutschland bezweckt, den Anschlußgedanken wach erhalten und alles vorbereiten will, was seinerzeit eine Verwirklichung erleichtern kann.

### Tschechische Entrüstung über polnische Gewalttaten im Abstimmungsgebiet von Teschen.

Prag, 30. Mai. Nach einer Meldung des Tschechoslow. Pressebüros wurde heute eine Volksversammlung auf dem Wenzelsplatz abgehalten, die gegen den polnischen Terror aus Anlaß der bevorstehenden Volksabstimmungen in Teschen, der Zips und der Arve stürmisch protestierte. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die von einer Sonderabordnung morgen den Gesandtschaften der fremden Staaten überreicht werden wird. In der Resolution wird gesagt: Die Teilnehmer an der Volksversammlung auf dem Wenzelsplatz, Angehörige aller tschechoslowakischen Parteien aus allen Schichten der Nation, protestieren mit äußerster Erbitterung vor der ganzen Kulturwelt gegen die Akte unmenschlicher Barbarei und Bestialität der Polen im Plebiszitgebiet der tschechoslowakischen Republik. Von gerechtem Zorn entbrannt verurteilen wir die Verfolgungen, Raub- und Mordtaten an unseren Brüdern und Schwestern, denen durch den polnischen Terror die freie Äußerung ihres nationalen Willens beim Plebiszit unmöglich gemacht ist. Ströme Blutes ruhiger Bürger in diesem Plebiszitgebiet hat die verbrecherische Hand Polens schon vergossen. Wir klagen die Internationale Plebiszitkommission an, daß sie es nicht verstanden hat, Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. In der Resolution wird weiter die Regierung aufgefordert, um Ernennung einer neuen internationalen Plebiszitkommission zu ersuchen. Auch soll die Regierung den Völkerbund und den Obersten Rat in Paris um die unverzügliche Entsendung einer Untersuchungskommission an die Orte der systematischen polnischen Verbrechen ersuchen. Die Tschechoslowakei wünsche keinen Krieg mit Polen, werde aber ihr Recht bis zum äußersten verteidigen. Den tschechoslowakischen Stammesgenossen und den deutschen Landsleuten im ganzen Plebiszitgebiet verspricht die Tschechoslowakei unter Zustimmung aller Parteien alleitige Hilfe und versichert, hinter ihnen stehen zu wollen. —

Wenn man bedenkt, daß die Tschechen 3 Millionen Deutsche vergewaltigen, so nimmt sich dieser Entrüstungsrummel lächerlich aus.

### Ungarn unterzeichnet.

(WTB.) Budapest, 31. Mai. (Ung. Korrespondenz.) Durch Ministerratsbeschluss wurde Landesverteidigungsminister, General Soos, mit der unterschriftlichen Vollziehung des Friedensvertrags betraut. General Soos wird demnächst nach Paris abreisen. — (Ein herbes Los!)

### Südslawischer Einspruch gegen den italienischen Imperialismus.

(WTB.) Belgrad, 31. Mai. Wie das Südslav. Pressebüro meldet, erklärte der Ministerpräsident in der Nationalversammlung, daß die Regierung benachrichtigt worden sei, dass Manuzio wolle mit seinen Truppen an einem bestimmten Tage Sušak besetzen. Sie habe daraufhin die italienische Regierung verständigt, daß die jugoslawische Regierung ihrerseits entsprechende Schritte einleiten würde. Gleichzeitig habe sie die verbündeten und neutralen Regierungen von diesem Schritt verständigt und entsprechende Befehle an die jugoslawische Armee erlassen.

### Der irische Freiheitskampf.

London, 29. Mai. Reuter. In Kilmallock (Grafschaft Limerick) wurde in der vergangenen Nacht die Polizeistation angegriffen und niedergebrannt. Drei Polizisten wurden getötet, ein Zivilist verwundet.

### Griechisch-bulgarische Zusammenstöße.

Athens, 29. Mai. Amtlich. Starke griechische Streitkräfte haben Debeagatsch und Gümüdschina ohne Zwischenfall besetzt. Gegen die besetzte Grenze sind starke Detachments im Anmarsch. Andere Truppen sind bei Kerdsheli mit Komitatschi und bulgarischen Truppen zusammengestoßen. Ein bulgarischer Soldat ist verwundet und ein anderer gefangen genommen worden.

## Ausland.

### Die französischen Beamtenvereinigungen halten am Gewerkschaftsgedanken fest.

Paris, 30. Mai. Die Beamtenvereinigungen, die sich dem Allgemeinen Wirtschaftsbunde C. G. T. angeschlossen haben, erklären, daß sie den Regierungsentwurf ablehnen, der diesen Anschluß verbietet. Auch die Vereinigung der Postbeamten erklärt, daß sie sich von der Arbeiterklasse nicht trennen werde.

### Vereinigung der französischen Eisenbahnen.

Paris, 30. Mai. Nach dem „Journal“ hat der Abgeordnete Loucheur einen Gesetzentwurf ausgearbeitet über die Vereinigung der französischen Eisenbahnen, einschließlich der Staatsbahnen, zu einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer halben Milliarde Franken. Es sollen Arbeiteraktien geschaffen werden, die ausschließliches Eigentum des Personals werden, das sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen soll.

## Deutschland.

### Die Garnisonen von Groß-Berlin verfassungstreu.

Berlin, 30. Mai. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums erschienen heute die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister, um ihm die feierliche Erklärung abzugeben, daß sie und die ihnen unterstellten Truppen bedingungslos hinter der verfassungsmäßigen Regierung ständen und daß sie mit ihren Truppen bereit seien, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Umsturz, komme er von rechts oder links, auch mit der Waffe zu schützen. Der Reichswehrminister nahm diese Erklärung mit Befriedigung und Dank entgegen und machte dem Herrn Reichspräsidenten davon Mitteilung.

### Fortdauer der Welfenpropaganda.

Berlin, 29. Mai. Zu den Nachrichten über die Welfische Bewegung in Hannover erklärte Staatssekretär Weismann, es sei der Regierung bekannt, daß die deutsch-hannoveranische Bewegung ihr Ziel: Vortrennung von Preußen, hartnäckig verfolgt und gegebenenfalls auch vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückschrecken würde. Jedoch sei es ihr nicht gelungen, rein deutsch-hannoveranische Reichswehrtruppen in der Provinz zu schaffen. Maßnahmen zu einer Einziehung der noch vorhandenen Waffenbestände seien seit längerer Zeit im Gange.

### Franzosenherrschaft in Oberschlesien.

Beuthen, 30. Mai. Heute Vormittag hielten die Franzosen am Ring die elektrische Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide, der zur Zeit in Oberschlesien Vorträge über Amerika abhält, heraus. Während die Franzosen vor dem Hotel „Lomnix“ mit Heide verhandelten, fiel von der französischen Wache im „Lomnix-Hotel“ plötzlich ein Schuß, durch den Heide, ins Herz getroffen, getötet wurde. Trotzdem die Erregung unter Bevölkerung noch sehr stark ist, ist es zu Ausschreitungen nicht gekommen.

### Die deutschen Vertreter zum internationalen Arbeitsamt.

Berlin, 30. Mai. Zu der am 15. Juni in Genua beginnenden zweiten Tagung des dem Völkerbund angegliederten Internationalen Arbeitsamts gehen als deutsche Vertreter Geheimrat Leymann vom Reichsarbeitsministerium, Geheimrat Werner vom Reichswirtschaftsministerium für die Regierung, Direktor Beyer-Hamburg vom Zentralverband der deutschen Arbeiter für die Arbeitgeber und Reichsminister a. D. Bissel für die Arbeitnehmer.

### Die deutsche Volkspartei und die bisherige Regierungsmehrheit.

Berlin, 31. Mai. Zu der Frage, ob die Deutsche Volkspartei gegebenenfalls nach den Wahlen einer erweiterten Regierungskoalition beitreten wird, äußerte sich der Abgeordnete Heinke dahin, daß sich für die Zeit nach den Wahlen die Deutsche Volkspartei freie Hand vorbehalten habe. In demselben Sinne sprach sich Stresemann aus. — Aus beiden Rundgebungen gehe, so sagt die „Deutsche Allg. Ztg.“ hervor, daß die genannte Partei grundsätzlich bereit sei, in eine Koalition einzutreten, daß sie aber aus taktischen Gründen diese Bereitwilligkeit vor den Wahlen nicht in den Vordergrund schieben möchte.

### Die Kinos und die Luftbarkeitssteuer.

Berlin, 28. Mai. Nach dem „Berliner Lokalanz.“ werden in Halle sämtliche Kinos durch die hohe Luftbarkeitssteuer gezwungen, am 31. Mai ihre Pforten zu schließen. Die Stadt will die Gelegenheit benutzen, um die Kinos zu kommunalisieren.

### Keine Kohlenpreis-Erhöhung.

Berlin, 29. Mai. Gestern traten der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrats zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen. Ein Kohlenpreiserhöhungsantrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats führte zu einer eingehenden Aussprache über die allgemeine volkswirtschaftliche Lage. Man beschloß, den sich entwickelnden Abbau des Preisniveaus nicht durch eine Kohlenpreiserhöhung zu stören. Die Arbeitgeber sollen Teile der Lohnerhöhung ohne Preiserhöhung übernehmen, während sich die Arbeitnehmer damit einverstanden erklären, daß die vereinbarte Lohnerhöhung nicht in bar, sondern durch eine Verbilligung der Lebensmittel geleistet wird. Die Regelung gilt zunächst nur für den Monat Juni.

## Bemerktes.

### Zur Valutabewegung.

Die Erholung der Reichsmark hat sich am Mittwoch nach Pfingsten in einem Tempo fortgesetzt, so schreibt die „Zfr. Ztg.“, das auch für den einigermaßen überraschend kommt, der das Augenmaß nicht verloren und nicht vergessen hat, daß in Deutschland neutrale Devisen immer noch das 2½fache kosten als heute vor einem Jahr. Aus Holland kommt die Nachricht, daß dort die Mark mit 8 Cents bezahlt wird gegen 2½ Cent vor wenigen Monaten, und daß in den Kreisen der Marktinteressenten die „Meinung nach oben“ gehe. Während im Ausland anscheinend die Hoffnung auf die Witterbundsanleihe Käufer geschaffen hat, ist im Inland ganz offenbar das Bedürfnis von Industriellen und Handelskreisen im Spiel, sich „Luft zu machen“. Der Stimmungsumschwung auf dem Valuta- und Warenmarkt veranlaßt manchen Kaufmann, sich durch Abstoßung von Zahlungsmitteln für das Ausland, die er sich früher gesichert hat, Erleichterung zu verschaffen. Die Valuta für die Reichsmark, die in Zürich am 26. Mai 17,60 notierte, ist am andern Tage, am 27. Mai, wieder auf 16 zurückgegangen.

### Berufliche Umsichtung.

In den meisten Industriezweigen, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, machte sich während der letzten Wochen eine starke Stokung im Absatz bemerkbar, die zu Betriebs Einschränkungen führte. Aussicht besteht dafür, daß die dadurch freiwerdenden Brennstoffe dem Baustoffgewerbe überwiesen werden. Tausende können dadurch Arbeit finden. In der Dachziegelindustrie der Brügger Gegend sind in den letzten Tagen viele Werkstoffarbeiter in die Ziegelindustrie übergetreten. Auch sonst bahnt sich da und dort infolge unserer eigenartigen Wirtschaftslage eine berufliche Umsichtung an.

### Die Maul- und Klauenseuche in Bayern.

In Sachen der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche fand dieser Tage in München eine Konferenz von Vertretern der bayerischen Regierung und der zuständigen Reichsstellen statt. Die Grenzsperrung gegen Württemberg, von wo die Seuche durch Schafe eingeschleppt worden sein soll, wird verhängt werden. Außerdem soll ein schon vor dem Krieg bewährtes Impfvorschriften kostenlos zur Anwendung kommen.

### Die Folgen der Postverhöhung.

Wie aus dem Reichspostministerium verlautet, läßt sich nicht leugnen, daß seit der Erhöhung der Posttarife der Verkehr durchschnittlich um 25 Prozent nachgelassen hat. Um die Defizite nicht noch zu vermehren, muß der Postbetrieb eingeschränkt werden.

### Subiläum des Briefumschlags.

In diesem Jahr kann der Briefumschlag auf sein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Früher faltete man, wie es heute noch viele Amtskanzleien tun, das Papier zu einem Brief zusammen und verschloß es mit einem Siegel, während die letzte Seite des Bogens für die Anschrift frei bleiben mußte. 1820 kam dann in England der Brauch auf, statt der bis dahin gebräuchlichen großen Briefbogen kleinere Formate zu verwenden. Wenn man diese aber zusammenfaltete, wurden die Briefe sehr klein und der Platz für die Anschrift und den Stempel schrumpfte bis auf ein kleines Stück zusammen, was der Post sehr viele Scherereien machte. Da kam man auf den Gedanken, Papierhüllen herzustellen, in die man die Briefbogen steckte. Auf diese Weise entstand vor 100 Jahren der Briefumschlag, der heute bei allen Kulturvölkern ein unentbehrlicher Gegenstand geworden ist, obgleich es ein halbes Jahrhundert gedauert hat, bis seine Verwendung in allen Ländern durchgedrungen ist.



## Aus Stadt und Land.

Calw, den 31. Mai 1920

### Von der Amtsversammlung.

Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Götsch fand am letzten Samstag auf dem hiesigen Rathaus die Amtsversammlung statt. Der Vorsitzende stellte die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder fest und gab dann nähere Mitteilungen über das ausgegebene Wahlgesetz für den Landtag. Die Wahlen für Reichs- und Landtag werden bekanntlich am 6. Juni abgehalten. Es sind je 8 Wahlvorschläge eingegangen und es ist anzunehmen, daß sich bei der Abstimmung große Anstöße ergeben werden, da die Wahlzettel für Reichs- und Landtag in besondere Umschläge eingelegt werden müssen. Es liegen zwei Häufchen von Umschlägen vor. Die Wahlzettel für den Reichstag kommen in die dunkelblauen und die für den Landtag in die hellblauen Umschläge. Bei einer Verwechslung ist der Wahlzettel ungültig. Alle Änderungen an den Wahlzetteln sind zwecklos. Gegenüber den seitherigen Bestimmungen bringt das Wahlgesetz etwas Neues, die sogenannten Wahlscheine. Wer am Wahltage an seinem Wohnort nicht abstimmen kann, kann sich vom Ortsvorsteher einen Wahlschein ausstellen lassen, der ihn zur Abstimmung an demjenigen Orte berechtigt, wo er sich am Wahltage aufhält. In nächster Zeit steht eine Neuordnung der Gehälter der Ortsvorsteher vor. Letztere haben dem Oberamt gegenüber den Wunsch ausgedrückt, der Oberamtmann möchte mit den Gemeinden in dieser Sache verhandeln und die Neuordnung fördern. Der Vorsitzende sagt dies zu mit dem Bemerkung, daß er nicht nur die Interessen der Ortsvorsteher, sondern auch die der Gemeinden zu vertreten habe; er wolle die beiderseitigen Interessen bewahren, wünsche aber auch, daß die Ortsvorsteher ihre Gemeinden zur Ablieferung der Lebensmittel dringend anhalten möchten. — Für die neugeschaffene Stelle eines Oberamtsstraßenmeisters sind 17 Bewerbungen eingelaufen. Eine Kommission des Bezirksrats hat die Bewerbungen geprüft und bringt 3 Bewerber in engere Wahl. Der eine Kandidat, Bauwerkmeister Ruoff in Stuttgart, stellt nachträglich noch besonders hohe Anforderungen betreffs Einreihung in eine Gehaltsstufe und scheidet deshalb nach einstimmiger Ansicht der Versammlung unter den Bewerbern aus. Von den beiden andern Kandidaten, Bauwerkmeister Julius Glagle und Bauwerkmeister Keller, beide in Stuttgart, erhält ersterer 21, letzterer 6 Stimmen; Glagle ist somit gewählt. Der Bezirksrat wird über den Wirkungsbereich des Gewählten nähere Dienstvorschriften ausarbeiten. — Ueber die beabsichtigte Errichtung eines Bezirksverbands Jugendamt Calw gibt der Vorsitzende nähere Aufschlüsse. Die der Fürsorge bedürftige Jugend soll von jetzt an von Staats wegen eine besondere Aufsicht und Unterbringung erhalten. Für jeden Bezirk sollte eine eigene Organisation geschaffen werden; es dürfen aber auch 2 Bezirke miteinander verbunden werden. Calw und Neuenbürg sind ohne gegenseitiges Willen zu einem Verband zusammengelegt worden. Der Bezirksverband setzt sich zusammen aus den beiden Bezirksräten unter dem Vorsitz des Oberamtmanns in Calw. Das Gesetz soll durch die Jugendkommission durchgeführt werden. Der Bezirksverband hat also in der Hauptsache für die Auslagen zu sorgen. Ein Gegensatz zwischen Jugendkommission und Bezirksverband muß möglichst vermieden werden. Die Auslagen werden auf die beiden Oberämter umgelegt werden. Voraussetzungen sind die Sache sehr teuer kommen, da über 1000 Kinder, darunter meist uneheliche, in Betracht kommen. — Die Kommunalverbände wollen sich zu einem Landesverband zusammenschließen, um sowohl nach oben als auch nach unten zur Abwehr gerüstet zu sein. Bekanntlich erfreuen sich die Kommunalverbände keiner großen Sympathie und es herrscht die allgemeine Ansicht, daß die Verbände sobald als möglich sich auflösen müssen. Vorderhand sind sie aber eine geschickte Einrichtung und nicht zu entbehren. Ihre Tätigkeit mit Beschaffung der Lebensmittel bringt es mit sich, daß sie großen und vielfach vollständig unberechtigten Angriffen ausgesetzt sind und daß bei den Verbänden die Meinung vorhanden ist, daß nur durch Zusammenschluß den Übergriffen gesteuert werden könne. Die Beiträge sollen 5 M für je 1000 Einwohner betragen. Jeder Verband sendet 2 Vertreter in den Landesverband. Als Vertreter werden gewählt: Oberamtmann Götsch und Schultheiß Braun in Albstadt. Aus der Mitte der Versammlung wird hierbei dem Wunsch Ausdruck gegeben, es sollen die Wahlscheine nicht bloß bis zum 15. August, sondern bis 15. Sept. ausgestellt werden, da sonst manche Selbstverfolger vom 15. August an mit Lebensmittelfürsorge zu versehen seien. Der Vorsitzende will den Wunsch der Amtsversammlung der Regierung weitergeben, glaubt aber an keine Berücksichtigung, da der Wahltermin nicht vom Land, sondern vom Reich geregelt werde. — Die Organisation der Sparkassen wird eine Neuordnung erfahren. Als Verbandsvertreter werden gewählt der Vorsitzende und Stadtschultheiß Göhner. — Neu zu regeln sind die Teuerungszulagen der Körperschaftsunterbeamten (Straßenwärter, Hausmeister an der Wanderarbeitsstätte und Oberamtspflege) und der Bezirkskrankenhausärzte, sowie die Wartegelder und Teuerungszulagen der Körperschaftsgeometer. Große Schwierigkeiten ergaben sich bei den Straßenwärttern, da diese zum größten Teil Selbstverfolger und nicht die ganze Woche beschäftigt sind. Die Vorschläge der Kommission fanden einstimmige Annahme. — Die Verpflegungsgelbstühren im Bezirkskrankenhaus erfahren eine Erhöhung. In Klasse I bis III betragen die Gebühren 10, 15 und 20 M. Die Krankenkassenmitglieder bezahlen ebenfalls 10 M, sind aber infolgedessen besser daran, als die sonstigen Kranken in Klasse III, da Medikamente, Verbandzeug usw. in die Verpflegung eingeschlossen sind. Entsprechend den neuen Sätzen werden auch die Gebühren für Kinder, Begleiter und Kost geregelt. Nichtbezirksangehörige bezahlen zu den Sätzen 20 Prozent Zuschlag. — Das Defizit der Wanderarbeits-

stätte wird auf die Amtskörperschaft übernommen. In 16 Gemeinden des Bezirks wurden keine freiwilligen Sammlungen vorgenommen. — Der Bezirkswohltätigkeitsverein erhält zum Gehalt der Bezirkspflegerin, deren Dienste anerkannt werden, einen jährlichen Zuschuß von 2000 M. Der Bezirksrat erhält die Ermächtigung zu einer etwa notwendigen Änderung des Zinsfußes bei der Oberamtsparkasse. Angenommen werden auch die Bestimmungen über Hinterlegungsgebühren bei Wertpapieren und die Anrechnung der Giroanweisungen zum Selbstkostenpreis. Zu den Taggeldern der Körperschaftsbeamten wird ein Teuerungszuschlag von 4 M gewährt, die Belohnung des Schriftführers der Amtsversammlung und des Bezirksrats, sowie des Revidenten der Oberamtspflegerechnung wird neu festgesetzt, die Taggelder und Reisekosten der Amtsversammlungs- und Bezirksratsmitglieder ebenfalls neu geregelt. Den Schluß der Verhandlungen bildete die Abhör der Oberamtspflegerechnung pro 1916. Das gemeinschaftliche Mittagessen fand im „Bad. Hofe“ statt.

### Konkordia-Konzert.

Am Samstag abend veranstaltete der Gesangsverein Konkordia im „Bad. Hof“ ein Konzert, das in seiner Vortragfolge Männer- und gemischte Chöre und Sopranvorträge brachte. Die Lieber für Sopran wurden von Frau Elisabeth Pieper gesungen. Das Programm bot Kompositionen unserer berühmtesten Tonkünstler. R. Schumann war vertreten mit „Lieder der Braut“, Mozart mit „Ihr, die ihr die Triebe des Herzens kennt“, Wolf mit „Das verlassene Mädchen“ und „Der Gärtner“, R. Strauß mit „Morgen“ und J. Brahms mit „Liebestreu“. Frau Pieper ist hier durch ihre Mitwirkung in Konzerten und Gottesdiensten rühmlich bekannt. Sie wurde schon bei ihrem Erscheinen von der Versammlung aufs freundlichste begrüßt. Sie verfügte über eine prächtige, anmutige Stimme von großem Umfang und imponierender Tonfülle, welche durch ein zielbewusstes Wollen der Künstlerin in den richtigen Grenzen gehalten wird. Die Tiefe klang prächtig, die höheren Töne waren gleichwertig schön. Das piano der Sängerin ist deutlich und tonisch, die Textausdrücke sehr deutlich und der Vortrag durchaus natürlich mit gediegenem Mienspiel. Die Künstlerin bot eine prächtige Leistung mit der Arie des Cherubim, die sie mit großer Meisterhaftigkeit sang. Glanzvoll war auch das durch Text und Melodie ansprechende Lied „Früh, wenn die Hähne krähen“. Hübsch war das „Wegenlied“ von E. Humperdinck, das mit zarter Hingebung und schelmischer Rederei zu formvollendetem Vortrag kam. Sämtliche Vorträge erweilten mit Recht stürmischen Beifall, der in einem Angebinde von zahlreichen Blumenpenden auch äußerlich Ausdruck fand. Durch den lebhaften und innigen Beifall bewogen, gab die Sängerin noch eine reizende Dreingabe. An dem Beifall ließ die Künstlerin auch Handelslehrer Kaufmann teilnehmen, der mit seinem Verständnis und treuer Hingabe die Klavierbegleitung übernommen hatte. Der Männer- und gemischte Chor stand unter Leitung von Hauptlehrer Lehner. Schon der erste Chor, „Mein Heimatort“, von Abt, der in kräftigen und jubelnden Akkorden die Heimat besingt und außerordentlich wirksam ist, war ein Beweis, daß der Dirigent seine Sänger fest in der Hand hat und sie für den edlen Gesang zu begeistern weiß. In den beiden Chören „Frühlingszauber“ von Meyer-Oberleben und „Waldböckchen“ von Döring war Frische und Ursprünglichkeit der Erfindung zu treffen, gepaart mit starkem Empfinden und Gestaltungskraft. Als ernste, gehaltvolle Komposition kam „Das Mährchen“ von Koch zum Vortrag. Eine sehr schöne Leistung bot der gemischte Chor mit den beiden Liedern „Heimatsehnen“ von R. Gompf und „Sommernacht“ von Sonnet. Letzterer Chor gefiel ganz besonders. Der Sopran verfügte über glodenhelle, kräftige und reine Stimmen, so daß eine volle, runde Klangfarbe entstand. Die ganze Aufführung, die sorgfältig vorbereitet war und Schlag auf Schlag vorstatten ging, erzielte eine große Wirkung, so daß die zahlreichen Zuhörer über den Verlauf dieses in allen Teilen gelungenen Konzerts ihre volle Befriedigung äußerten.

### Die Telefonteilnehmer gegen die neuen Telefongebühren.

Die am 27. Mai auf Veranlassung des Gewerbevereins hier zusammengetretene Versammlung der Telefonteilnehmer nahm Stellung zu den neuen Telefongebühren. Es wurde betont, daß bei der gegenwärtigen Steigerung der Post- und Eisenbahngelbstühren die Erhöhung der Telefongebühren doppelt schwer ins Gewicht falle, weil dadurch die Geschäftskosten der Gewerbetreibenden sich erheblich steigern. Auch wäre es angezeigt, zu unterscheiden zwischen größeren Geschäften, Fabriken, kaufmännischen Geschäften usw., die das Telefon stündlich, ja fast unausgesetzt benötigen und kleinen Gewerbetreibenden, die meist nur von der Kundschaft angerufen werden. Die Preise für Pauschale und Grundgebühren wolle man schließlich noch hinnehmen, aber die Abgabe von 1000 Mark für den Anschluß wurde, als in keiner Weise für berechtigt gehalten. Mit dieser Verteuerung hat das Telefon aufgehört, eine soziale Einrichtung zu sein. Wenn die Verkehrsanstalten mit der Erhöhung der Tarife so weiter machen, so könne dies weder das Gewerbe noch der Private ertragen, deshalb gelte es, sofort dagegen Front zu machen. Die Versammlung war sich einig, daß die Forderung der Zwangsanschlüsse unbedingt abzulehnen sei. Es sollen die Verbände, welche das Interesse des Handels und Gewerbes vertreten, auf den Plan gerufen werden, um einen erfolgreichen Protest gegen diese die Geschäftswelt schwer schädigende Belastung einzulegen. Am aber in der Sache Erfolg zu haben, sei es notwendig, daß familiäre Interessenten einmütig vorgehen. Es wurde daher beschlossen, daß neben dem Appell an die Handels- und Handwerkskammern, den Hansabund, den Verband der Württ. Gewerbevereine und die Oberpostdirektion er-

klärt werden soll, daß wenn die Regierung auf der Forderung zur Zahlung der 1000 Mark für Telefonanschluß besteht, die Anschlüsse von den Teilnehmern gekündigt werden. Dieser Beschluß fand einstimmig Annahme.

### Zur Wahlbewegung.

Trotzdem uns nur noch wenige Tage von den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen trennen, ist bei den Wählern kein besonders großes Interesse zu erkennen. Die verschiedenen Parteien haben zwar die Wahlagitator durch Wahlversammlungen eröffnet, aber es fehlt im allgemeinen der frische Zug, der sonst den Wahlen voranzugehen pflegt. Überall merkt man Wahlmüdigkeit und teilweise große Gleichgültigkeit. Die Versammlungen sind auf dem Lande nur mäßig besucht, was zum Teil auf die teuren Preise für Getränke zurückzuführen ist. Durch die Kreiswahlen ist heuer das Interesse an der Person der Kandidaten wieder etwas größer geworden. Die Kandidaten des Kreises treten den Wählern wieder näher, aber es ist keinem Kandidaten möglich, in allen Orten des Wahlkreises sich vorzustellen und sein Programm zu erläutern. Da jeder Kandidat eine Partei vertritt, so ist die Persönlichkeit in den Hintergrund und die Partei in den Vordergrund getreten. Bei den heutigen Wahlen hat sich die Eigentümlichkeit herausgebildet, daß die Parteien zu den einheimischen Kandidaten noch auswärtige Parteigrößen berufen, um einen desto größeren Erfolg bei den Wählern zu erzielen. Die meisten Parteien haben ihre Wahlaufträge veröffentlicht, in dieser Woche werden auch hier noch große Wahlversammlungen stattfinden; in der der Bürgerpartei wird Oberpräsident Baumbach, in der Deutschdemokr. Partei Kultminister v. Sieber und in der Sozialdemokrat. Partei Reichsarbeitsminister Schicke sprechen.

### Die „neuen Armen“.

Können tausende erwerbsfähiger Volksgenossen vor dem Gram- und Hungertode gerettet werden? Nur dann, wenn staatliche Hilfe alsbald einsetzt. Unsere ungeheuer verteuerte Lebenshaltung gleicht sich bei fast allen Ständen durch entsprechend erhöhte Bezüge einigermaßen aus. Von diesem gerechten Ausgleich sind alle von ihren Ersparnissen lebenden Staatsbürger völlig ausgeschlossen. Viele von ihnen zehren schon jetzt in einer Weise von ihrem mit saurer Mühe erworbenen Kapital, daß sie ihre vollkommene Mittellosigkeit vor Augen sehen. Die Hilfe für sie ist, um nicht den bitteren Geschmack der Almosen zu bekommen, durch die gesetzgebenden Körperschaften zu leisten. In diesem Sinne wurde daher auch auf dem Landesvertretertag der D. d. P. eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„Die Vertreterversammlung erjudet die deutschdemokratischen Gruppen im Reichstag, Landtag und in den Gemeinden, mit größtmöglicher Beschleunigung dahin zu wirken, daß alsbald der täglich wachsenden und nachgerade unerträglich gewordenen Not unserer von kleinen Renten lebenden alleinlebenden älteren und sonstigen erwerbsunfähigen Volksgenossen gesteuert wird. Dazu hat in erster Linie folgendes zu geschehen: 1. steuerliche Erleichterung bzw. Befreiung, hauptsächlich von der Kapitalertragssteuer; 2. schonende Berücksichtigung bei Verteilung verbilligter Lebensmittel und Gegenständen des täglichen Bedarfs; 3. Bereitstellung von Freiplätzen in Altersheimen und anderen gemeinnützigen Anstalten; 4. durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung fortschreitender Verarmung und Sicherstellung der Lebensmöglichkeit.“

### Der Verkehr mit Wild und Hühnern freigegeben.

Der Reichswirtschaftsminister hat den Verkehr mit Wild und Hühnern freigegeben. Diese unterliegen nicht mehr dem Fleischmarktzwang. Die württembergischen Bestimmungen über den Verkehr und Verbrauch von Wild und Geflügel jeder Art sind daher aufgehoben worden. Der Verkehr mit Wild nach Orten außerhalb des Wirtschaftsgebiets Württemberg und Hohenzollern ist nur auf Grund eines Verbandscheins gestattet.

### Wettervorausage für Dienstag und Mittwoch.

(S.C.B.) Die Gewitterjörungen nehmen wieder zu. Im übrigen ist aber am Dienstag und Mittwoch wieder vorwiegend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Weidertstadt, 30. Mai. Zurzeit herrscht lebhaft Nachfrage nach Milchschweinen; täglich finden sich Abnehmer ein aus den Oberämtern Calw, Nagold und Badgingen. Die Preise für 6 Wochen alte Ferkel bewegen sich zwischen 380 bis 420 M pro Stück. Hier ist alles noch feuchtfrei.

(S.C.B.) Herrnsberg, 30. Mai. Der Gauner Karl Haick von Lustnau, der mit gefälschten Frachtbriefen größere Summen herauszulocken verstand und auch hier eine Gastrolle gab, ist in Hamburg mit seiner Liebsten erwischt und jetzt wieder in die Heimat zurückgeschafft worden. Die Betrogenen dürfen auf einen Teil ihres Geldes hoffen, da 60- bis 80000 M gerettet sein sollen.

(S.C.B.) Ulm, 31. Mai. In den letzten Tagen sind die im Ruhegebiet zur Verwendung gelangten hiesigen Reichswehrtruppen, mit Ausnahme der Infanterie, die noch länger im Ruhegebiet geblieben sind, wieder hier eingetroffen und mit Musik empfangen worden. Neu gezeugen ist hier Panzerzug 4, dessen Mannschaft in der unteren Donautafel untergebracht wurden.

### Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Um Mißverständnisse zu beseitigen, erkläre ich, daß die Baumwärtterversammlung in Mödingen nicht vom Bezirksobstbauverein, sondern von der Baumwärttervereinigung veranlaßt wurde.

Bezirksobstbauverein.  
Calw, 31. Mai.  
Vorstand: Bauehle.

Druck und Verlag der A. Olschläger'schen Buchdruckerei, Calw.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw.



### Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Am Mittwoch, den 2. Juni und Donnerstag, den 3. Juni Speiseöl-Abgabe (Olivenöl) im Hause, von Herrn Förbermeister Wörner, Badstraße, in folgender Reihenfolge: Mittwoch, 2. Juni, vormittags von 8-12 Uhr Buchstabe A-G, nachm. von 2-5 Uhr Buchstabe H-M, Donnerstag 3. Juni, vorm. von 8-12 Uhr Buchstabe N-S, nachm. von 2-5 Uhr Buchstabe T-Z. Auf die Person wird 1/2 Liter abgegeben. Preis für 1 Liter 25 Mk. Lebensmittelbücher sind mitzubringen. Um eine rasche Abfertigung zu ermöglichen, wird gebeten weithaltige Gefäße — keine Flaschen — mitzubringen. Ein verbleibender Rest wird am Schluss der Verteilung in beliebiger Menge abgegeben.

### Bekanntmachung.

Die Einwohnerschaft wird auf die im Calwer Tagblatt vom 28. Mai ds. Js. Nr. 121 erschienene und am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung betreffend die Regelung des Fremdenverkehrs im Sommer 1920 hingewiesen.

Calw, den 29. Mai 1920.  
Stadtschultheißenamt: Götner.

### Stadtgemeinde Calw. Bekanntmachung.

Für die Land- und Reichstagswahl ist die Ausstellung von Wahlscheinen zulässig.

Die Ausstellung eines Wahlscheines kann beantragen:

1. wer in Ausübung seines Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten am Wahltag außerhalb der Gemeinde, in deren Wählerliste er eingetragen ist, sich aufhält oder sie so frühzeitig verlassen muß oder in sie so spät zurückkehrt, daß er innerhalb der Wahlzeit dort nicht mehr wählen kann, insbesondere z. B. Bahn- und Postbedienstete und Geschäftsreisende;
2. wer am Wahltag zu Kur- oder Erholungszwecken außerhalb der Gemeinde, in deren Wählerliste er eingetragen ist, sich aufhält;
3. wer infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist;
4. wenn er nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste seinen Wohnsitz (oder nicht bloß vorübergehenden Aufenthalt) in eine andere Gemeinde verlegt.

Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Verlangen glaubhaft zu machen.

Zu den Wählern der in Ziff. 1 oben genannten Art gehören insbesondere auch die im Besitz eines Wandergewerbescheines befindlichen Gewerbetreibenden. Diese können sich daher in der Gemeinde, in deren Wählerliste sie eingetragen sind, einen Wahlschein ausstellen lassen, wenn sie sich am Wahltag nicht in der betreffenden Gemeinde aufhalten, sondern sich auf Reisen befinden.

Die Wahlscheine werden vom Ortsvorsteher ausgestellt.

Calw, den 29. Mai 1920.  
Stadtschultheißenamt: Götner.

### Frische Rabeljau

per Pfund Mk. 2.80 sind eingetroffen.

Georg Pfeiffer, Badstraße.

### Starke Angersens-Tomaten- u. Tabak-Seglunge

empfiehlt

Ehr. Hägele, Handlungsgärt.

Habe noch zirka 20 Zentner gute Speise-Kartoffeln zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

### Bezirks-Fürsorgekasse der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge Calw.

Dieserigen bedürftigen ehemaligen Kriegsgefangenen des Bezirks, die noch keinen Antrag auf Reichsbefriste gestellt haben, wollen dies nunmehr unverzüglich nachholen.

Calw.

### Der Grasertrag

von 56 ar Wiese auf der Steinrinne u. von 45 ar Wiese in der Eifelstraße kommt am Dienstag, den 1. Juni 1920, vormittags 9 Uhr im öffentlichen Austreich zum Verkauf.

Den 29. Mai 1920.  
Stadtschultheißenamt: Götner.

### Calw. Pferdverkauf

am Dienstag den 1. Juni 1920, vormittags 9 Uhr.

Den 29. Mai 1920.  
Stadtschultheißenamt: Götner.

15 m gespaltenes Stockholz, 6 m Reisstäbe, 60 Wellen buchenes Reis, 150 Wellen Tannen-Reis verkauft am Dienstag nachmittag 1 Uhr im Klosterhof Jakob Vertsch.

## Sozialdemokratische Partei Calw.

# Große Wähler-Versammlung,

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Badischen Hofes“ in Calw

Referent: Reichsarbeitsminister Alexander Schlögl, M. d. R.

Freie Diskussion. Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein das sozialdemokratische Wahlkomitee.

### Achtung, Wählerinnen! Achtung, Wähler!

Wer ist schuld an unserer Niederlage? Der unabhängige Führer Thomas hat bei seiner letzten Rede in München erklärt: „Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats.“ Wer nicht will, daß wir in der roten Flut ertrinken, der wähle am 6. Juni.

Württ. Bürgerpartei.

### Evang. Volksbund. Die Vertrauensleute

werden auf Dienstag, den 1. Juni ds. Js., nachmittags 2 Uhr, zu einer Besprechung in das Ev. Kaffeehaus eingeladen.

Der Vorsitzende: Hölber.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Calw.

Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal

### Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Wahl eines Bezirksbeamten.
2. Beitragsfrage und Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet die Ortsverwaltung.

### Mädchen-Gesuch!

Auf 1. Juli suche ich ein fleißiges, geordnetes Mädchen

Frau Dekan Zeller.

### Gesucht Mädchen

wird ein williges, fleißiges Mädchen welches schon gedient hat, nicht unter 20 Jahren, per sofort oder später.

Angebote an Frau M. Dorn, Buchgeschäft, Calw.

### Mädchen-Gesuch. Mädchen

Ein jüngeres, fleißiges Mädchen zusehendem Eintritt gesucht.

Frau Gust. Kärcher, Pforzheim, Deimlingstr. 16 III.

### Gewandte Stenotypistin

sucht am hiesigen Plage Stelle.

Gesl. Angeb. unter G. 147 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Mehrere Bienen-schwärme

sucht zu kaufen und erbittet Angebote.

Baumwerkmeister Alber, Fernsprecher 85.

Eine schöne, messingene Gaslampe ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche 150-200 Ltr. guten Most zu kaufen und erbittet Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Den Grasertrag von 58 ar Baumgut beim Windhof verkauft daselbst Dienstag abend 6 Uhr Wilt. Wachenhuth.

### Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 3. Juni 1920 stattfindenden

### Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Fog“ in Teinach freundlichst einzuladen.

Jakob Kalmbach, Sohn des Michael Kalmbach, ref. Gemeindepfleger in Emberg.

Dorothea Flaig, Tochter des Math. Flaig, Gemeindepfleger in Breitenberg.

Kirchgang um 12 Uhr.

Wir bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

### Schmiede-Innung v. Bezirk Calw.

Von der Handwerkerwirtschaftsstelle sind

### Hufeisen u. Schweißgriffe

Nr. 1-4 eingetroffen, dieselben können von den Mitgliedern bis zum 5. Juni abgeholt werden.

Schmiede-Obermeister Henkelmann.

### Frische Spargeln

empfehlen Pfannkuch & Co.

Am Dienstag, d. 1. Juni, nachmittags 2 Uhr, an den Westbietenenden zu verkaufen: 1 ungebrauchter Eisschrank Breite 61 cm, Höhe 106 cm, Länge 124 cm, alte Fensterläden, 1 Waschwange.

Sanatorium Sanitätsrat Dr. Römer, Hirsau.

Javelstein. Einen gebrauchten Zweifspanner-Leiterwagen 45 Ztr. Tragkraft, hat zu verkaufen Gottlob Kempp, Schmiedemeister.

### Ein Divan in Plüsch, ein Chaiselongue

verkauft J. Sauter, Tapezier, Biergasse.



### Alle Musikinstrumente

für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Eurtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17

Arkadenriedbach-Rohbrücke Großhandlung Einzelverkauf Gebrauchte Grammophon-Platten und Bruch werden zu höchsten Tagespreisen angekauft. Ausführung aller Reparaturen und Stimmen.

### Zerbrochene Maschinenteile u. sonstige Arbeiten zum Schweißen

werden rasch und pünktlich ausgeführt bei Friedrich Huber, autogenische Schweißerei, Maschinenwerkstätte, Unterreichenbach (Württbg.)

Achtung! Achtung!

### Friedensware!

Ich empfehle meiner werthen Kundschaft meine anerkannt besten Friedenswaren in:

la. Vaselin-Leberfette, braun	in Dosen von
la. Wagenfette „Rappenfett“	2 1/2 Kilogramm ab
la. conist. Maschinenfette, gelb	aufwärts
la. Wachs-Hochglanz-Schuhcreme	in Dosen à 1 Kilo
la. Treibriemenwachs in Stangen	à 1 Kilogramm
la. amerik. Maschinöl-Raff., hell	in Kannen von
la. amerik. Motorenöl, hell	3 Kilogramm ab
la. Fußbodenöl, gelb, geruchlos	aufwärts
la. Parkett- u. Linoleum-Wische	in Dosen v. 1 Kilo ab

zu billigsten Tagespreisen.

— Zahlreiche Anerkennungs schreiben —

Bei Bedarf wende man sich an meinen Vertreter Herrn Heinrich Keltner in Dachschof bei Bad Teinach (Telefon Nr. 29), welcher auch den Bezirk bereisen wird.

W. Schumacher, chem. techn. Produkte, Großglattbach b. Mülhacker, Württ.

Am nächsten Donnerstag, den 3. Juni kommen von morgens 8 Uhr ab zur

### Versteigerung:

20 bereits neue Rohrseffel, 20 gewöhnliche guterhalt. Stühle, sowie einige Schranken, 12 bereits neue Tische, darunter 2 große Auszugstische, 1 gebraucht. Sofa, 1 großer Schirmständer, 1 Schnapsfaßlager, 10 Kinder- und einige große Bettladen, 2 Pränsionen mit Doppellast, sowie sonstige brauchbare Gegenstände.

W. Nonnenmann, Gasthof zum „Waldhorn“, Hirsau. Fernsprecher Calw Nr. 24.

### Gegen Katarhe



EMS Emser Wasser

### Grasverkauf.

Den Ertrag meiner Wiesen in der Weidensteig von 2 1/2 Morgen, u. meines Baumstückes im unteren grünen Weg, verkaufe ich am Mittwoch, abends 6 Uhr im Gasthof zum „Hirsch“.

Katharine Schöning.

### Den Grasertrag meines Baumgutes beim Windhof

verkaufe ich an Ort und Stelle am Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr

E. Frohn Müller.

### Grasertrag

o. 22,60 a Baumwiese

Hauptlehrer Wagner.

### Den Grasertrag

von stark 1/4 Morgen an der alten Stuttgarterstraße bringt am Dienstag abend 6 Uhr zur Versteigerung

Ehr. Keger, Schmiedmstr.

### Kurzgefägliches, trockenes Brennholz

kann sofort geliefert werden

E. Kärcher, Sägewerk, Hirsau.

Der Unterzeichnete hat zirka 12-15 Wagen Dung abzugeben. Derselbe sucht 30-40 Zentner gut eingebrachtes Ackerheu zu kaufen.

W. Nonnenmann, Gasthof zum „Waldhorn“, Hirsau.

Eine trachtige, gute Kuh hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Die Gesamtauflage der heutigen Nummer enthält ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei.

### Ruh-Ruh



hat zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

### Grasertrag

von 58 ar Baumgut beim Windhof verkauft daselbst Dienstag abend 6 Uhr Wilt. Wachenhuth.

### Grasertrag

von 58 ar Baumgut beim Windhof verkauft daselbst Dienstag abend 6 Uhr Wilt. Wachenhuth.

### Grasertrag

von 58 ar Baumgut beim Windhof verkauft daselbst Dienstag abend 6 Uhr Wilt. Wachenhuth.